ARBEITSKREIS KLIMAWANDEL, UMWELTSCHUTZ & NACHHALTIGES WIRTSCHAFTEN

BREMEN-STADT

SPD

UNSERE EINSCHÄTZUNG ZU DEM FORDERUNGSKATALOG DES BREMER KLIMABÜNDNISSES VON ENDE JANUAR 2021 „SCHLUSS MIT DEM ZEITSPIEL“:

- **RICHTIGE EINSCHÄTZUNG DER DRINGLICHKEIT**
- **WIR WOLLEN MEHR !**

Das Klimabündnis hat eine Liste mit Maßnahmen vorgelegt, mit denen Bremen seiner Verantwortung für Klimaschutz gerecht werden kann. Sie decken viele Sektoren wie z.B. Energie und Industrie, Gebäude und Wohnen oder Stadtentwicklung und Klimaanpassung ab. Thematisiert wird auch die „Klimagerechtigkeit“, wobei konkrete Forderungen vor allem für Menschen aufgestellt werden, die nicht in Deutschland leben. Insbesondere fordert aber das Klimabündnis, dass endlich Maßnahmen umgesetzt werden in Sachen Klimaschutz !

Wir teilen die Auffassung des Klimabündnisses, dass
1. Klimapolitik von der Rot-Grün-Roten Regierung als herausragend wichtige Aufgabe unverzüglich angegangen werden muss und
2. umgehend konkrete Maßnahmen realisiert und angeschoben werden müssen.

Wir haben diese Notwendigkeit in unserer Positionierung vom Januar 2021 auch betont!

Gleichzeitig sind wir aber der Auffassung, dass es mehr bedarf, als Maßnahmen aufzulisten, mit denen Emissionen eingespart werden können. Wir wollen Vorschläge erarbeiten, die neben einem besseren Klimaschutz zugleich die Entwicklung des Industrie- und Wirtschaftsstandorts Bremens zum Ziel haben. Ein Beispiel dafür ist unser Strategiepapier zur Entwicklung einer „grünen“ Wasserstoffwirtschaft in Bremen und Bremerhaven.

Ohne den Erhalt und die Schaffung neuer wirtschaftlicher Betätigungsfelder und Arbeitsplätze wird es nicht gelingen, eine breite Akzeptanz für die notwendigen Veränderungen zu finden. Anderenfalls droht, dass Verlierer des strukturellen Wandels zu populistischen Klimaleugnern überlaufen – wie wir es in den USA, aber auch in Frankreich gesehen haben. Ganz wichtig ist es daher, dass Menschen mit kleinerem Geldbeutel nicht zusätzlich belastet werden und dass ihnen echte Alternativen zur Verfügung gestellt werden.

Ferner setzen wir uns in unseren Vorschlägen damit auseinander, wie die einzelnen Maßnahmen insbesondere zur technologischen Transformation finanziert werden können, weil das für die Umsetzung und damit den Erfolg entscheidend ist. Hierzu haben wir in dem Positionspapier zu PV auf öffentlichen Dächern einen konkreten Vorschlag unterbreitet.

Mehr Aufmerksamkeit verdient zudem ein weiterer Punkt, der in der bisherigen Klimadiskussion nicht ausreichend erörtert wird: Mehr Klimaschutz und der klimafreundliche Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft kosten Geld - sehr viel Geld sogar. Jenseits der aktuellen Aussetzung der Schuldenbremse und großer Ausgabenprogramme (wie in Bremen des Bremen-Fonds) ist deshalb bislang unklar, wie die notwendigen Maßnahmen und Investitionen in ihrer Gänze finanziert werden sollen. Klar ist allerdings: mit der Fortsetzung einer Politik der „Schwarzen Null“ werden sich die notwendigen Maßnahmen der CO2-Emissionsreduzierungen nicht erreichen lassen. Wir halten es daher für dringend geboten, dass öffentliche Investitionen und alle Maßnahmen, die dem Klimaschutz oder der Anpassung an den Klimawandel dienen, künftig nicht mehr von der Ausgabenbremse erfasst werden. Dazu bedarf es aber einer entsprechenden Änderung im Grundgesetz, die so schnell wie möglich auf die politische Agenda gesetzt werden muss.

Nicht zuletzt geht es uns auch darum, Querbezüge zu weiteren Themenfeldern herzustellen. Unsere besondere Sorge gilt dabei den wachsenden Rivalitäten und Spannungen in der Welt und dem Wiederanschwellen der Militär- und Rüstungsausgaben. Denn eine erfolgreiche Klimapolitik braucht mehr an internationaler Kooperation. Aufrüstung und Konfrontation dagegen erschweren und gefährden die Transformation zur Nachhaltigkeit. Rüstungsproduktion und militärische Operationen sind zudem selbst Verursacher großer Umweltschäden und Treibhausgasemissionen. Schließlich verschlingt die Rüstungsspirale riesige finanzielle Mittel und nimmt menschliche Talente in Anspruch, die für gute Ideen für den Umbau der Wirtschaft und Gesellschaft benötigt werden.

Weiteres findet sich in unserem Positionspapier zu „Krieg/Rüstung und Umweltschutz/Klimawandel“ und unserem „Offenen Brief“ zur Ausstattung der Bundeswehr mit bewaffneten Drohnen.

All dies zeigt: Klimapolitik ist eine sehr komplexe Herausforderung. Sie betrifft praktisch alle Politikfelder, verlangt mannigfaltige Veränderungen und erfordert eine grundlegende Transformation unserer Wirtschafts- und Lebensweise. Für uns ist der entscheidende Orientierungspunkt: Klimaschutzpolitik kann nur in Verbindung mit Industrie-, Wirtschafts- und Standortpolitik erfolgreich sein. Ferner sind die sozialen Aspekte zu berücksichtigen. Und eine neue Entspannungspolitik ist dringend erforderlich.

All dem gerecht zu werden, ist nicht einfach. Aber dafür setzen wir uns sein.